

10

Bonn, 11./12. Januar 1952

*Sprecher: Adenauer, Bach, Cillien, Dichtel, Frau Gröwel, Hilbert, Hilpert, Holzappel, Johnen, Kaiser, Kiesinger, Majonica, Müller, Simpfendörfer, Strickrodt, Tillmanns, Vogel, Wohleb, Wuermeling, Zimmer.*

*Lage der Partei in den Ländern. Bildung des Südweststaates, Auseinandersetzung innerhalb der CDU. Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen: Koalitionsfragen, Personalpolitik in der Verwaltung. Finanzfragen. Bundesgeschäftsführer.*

11. Januar 1952 Beginn: 16.45 Uhr

Ende: 23.00 Uhr

12. Januar 1952

Ende: 10.00 Uhr

*Adenauer* gibt einen Überblick über die Lage der Partei und die allgemeine politische Lage. Er verweist auf den Eindruck der Bundestagsdebatte<sup>1</sup>, die zwar nach außen ein gutes Bild der inneren Kraft der Partei gegeben habe; das dürfe aber nicht von den schwachen Punkten in der Parteiorganisation und in den Landesverbänden ablenken.

In Schleswig-Holstein seien die Verhältnisse nach wie vor schlecht. Nach dem Ausscheiden von Bartram schienen sie in Ordnung zu kommen, aber neuerdings gäbe es wieder zahlreiche Beschwerden.

Hamburg sei zwar eine gute Werbestelle für die CDU, aber es geschehe nichts Rechtes.

Bremen hat die Wahl<sup>2</sup> nicht wegen der Bundestagsdebatte verloren, sondern weil die Arbeit schlecht gewesen sei.

Die Organisation in Niedersachsen sei stark aufbaubedürftig. Die CDU habe gelitten durch die Zusammenarbeit mit der DP. Die Spaltung und die Abwanderung von DP-Mitgliedern an die Rechtsradikalen habe auch der CDU geschadet.

Zur Besprechung der Angelegenheit Nordrhein-Westfalen habe Dr. Adenauer den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen Arnold zur Teilnahme an der Vorstandssitzung geladen. Dieser habe aber mitgeteilt, die Frage Nordrhein-Westfalen eigne sich nicht zur Verhandlung im großen Kreise, er wolle sie allein mit dem Bundeskanzler besprechen. Die Verhandlungen um die große Koalition seien bedauerlich. Vor allen Dingen müßte die Frage, das Innenministerium an den Sozialisten Henßler<sup>3</sup> zu geben, abgelehnt werden.

1 In dieser Sitzung war mit 232 : 143 Stimmen der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ratifiziert worden (Sten.Ber. 1.WP Bd.10 S. 7836).

2 Ergebnis der Bürgerschaftswahl in Bremen vom 7. Oktober 1951: SPD 39,1 % (43 Sitze), DP 14,7 % (16), BDV/FDP 11,8 % (12), CDU 9,1 % (9), SRP 7,7 % (8), KPD 6,4 % (6), BHE 5,6 % (2), FSU 4,3 % (4). Vgl. FAUL S. 337.

3 Fritz Henßler (1886–1953), 1920–1933 SPD-Bezirksvorsitzender (westl. Westfalen), 1925–1933 Stadtverordnetenvorsteher (Dortmund), nach 1946 Oberbürgermeister von

In Rheinland-Pfalz seien die Verhältnisse im großen und ganzen in Ordnung. Man müsse aber die Reibungen zwischen Dr. Wuermeling einerseits und Ministerpräsidenten Altmeyer und Minister Dr. Zimmer andererseits bereinigen.<sup>4</sup> Wir könnten uns den Luxus der Reibereien führender Persönlichkeiten nicht leisten.

Aus Hessen lauten die Berichte verschieden, aber im großen und ganzen seien die Verhältnisse auch dort schlecht.

Die Spannungen im Südwestraum seien eine sehr große Gefahr, die um so größeres Gewicht habe, da in Kürze die Wahlen stattfinden. Wenn die CDU eine Niederlage erlitt, habe das die größten Einflüsse im In- und Ausland.

Die Herren Wohleb<sup>5</sup> und Müller seien anwesend, damit man mit ihnen gemeinsam überlegen könne, wie die Verhältnisse am besten zu ordnen seien.

In der Bundesgeschäftsstelle sei relativ alles in Ordnung; man könne diese Frage zunächst zurückstellen.

Die Debatte im Bundestag habe bewiesen, daß die CDU allein die Verantwortung für die demokratische Politik trage. Wenn aber die nächsten Bundestagswahlen nicht beweisen [!], wenn die SPD also die stärkste Partei werde, so könne das für die demokratische Politik eine Katastrophe bedeuten.

Dr. Adenauer erinnert an die Beobachtungen auf seinen Auslandsreisen. Das Urteil über die SPD sei auch bei stärksten Sozialisten des Auslandes vernichtend. Wenn der SPD gestattet werde, wieder den deutschen Kredit zu schädigen, sei das Schlimmste zu befürchten. Bedrohlich seien auch die starken Bestrebungen in der SPD gegenüber dem Osten zu nennen.

Angesichts dieser Lage trage die CDU die größte Verantwortung gegenüber Deutschland, Europa und der Welt. Es müsse daher alles getan werden, um die politische Einigkeit der Partei und damit ihre größtmögliche Kraft sicherzustellen.

*Wuermeling* schlägt vor, daß erst die Südweststaat-Vertreter, dann die Badener Vertreter und dann er selbst über die Lage im Südwestraum berichten sollen. Er warnt davor, in der Vergangenheit zu wühlen.

---

Dortmund, 1947–1953 MdL Nordrhein-Westfalen (Fraktionsvorsitzender), 1949–1953 MdB (vgl. Wolf BIERBACH in AUS DREISSIG JAHREN S. 138–151). – Zu den Verhandlungen Arnolds mit der SPD vgl. HÜWEL S. 249ff. Die Unterredung zwischen Adenauer und Arnold fand am 15. Januar 1952 statt; Genaueres darüber ist nicht bekannt (EBD. S. 252).

4 Diese Auseinandersetzung entzündete sich an einem Artikel von P.W. Wenger im „Rheinischen Merkur“ vom 8. Juni 1951 und seinem Vortrag vom 3. Dezember 1951 in Saarbrücken; er berührte die Frage der Neugliederung des Landes Rheinland-Pfalz wie auch die frühere Koalition unter Einschluß der SPD (vgl. Korrespondenz zwischen Wuermeling und Zimmer in NL Wuermeling ACDP I-221-003).

5 Leo Wohleb (1888–1955), Mitgründer und bis 1947 Landesvorsitzender der BCSV, 1946 Leiter des Kultusministeriums, Präsident des Staatssekretariats, Mitglied der Beratenden Landesversammlung, 1947–1952 MdL, badischer Staatspräsident, 1952–1955 Botschafter in Lissabon, seit 1952 Ehrenvorsitzender der badischen CDU. Vgl. Paul-Ludwig WEINACHT (Hrsg.): Leo Wohleb – der andere politische Kurs. Freiburg 1975.

Es entspinnt sich eine kurze Debatte darüber, wer mit der Berichterstattung beginnen soll.

*Kaiser* hält es für notwendig, zunächst ein Wort an den Bundeskanzler wegen seines heutigen Erfolges zu richten. Er bringt seinen und der Partei größten Respekt vor Adenauer zum Ausdruck. Heute sei darüber hinaus ein guter Tag für das deutsche Volk. Das Anwachsen der Ja-Stimmen zum Schuman-Plan zwischen der zweiten und dritten Lesung sei von eminenter Bedeutung. Bis zu den kommenden Bundestagswahlen könne sich noch allerhand ändern. Er hoffe aber, daß bis dahin gesamtdeutsche Wahlen abgehalten werden können.

Bezüglich einer ablehnenden Bemerkung Minister *Kaisers* wegen des Fackelzuges der Bonner Studenten für den Bundeskanzler ergab sich, daß der Vorstand eine solche Demonstration begrüßt.

*Wuermeling* berichtet über seine Reise, die er im Auftrag des Bundeskanzlers durch den Südweststaat unternommen hat.

Die Sitzung des Parteiausschusses in Nordbaden habe eine lebhaftete Diskussion gebracht, konnte aber schließlich zu einer Einigung führen<sup>6</sup>. Allgemein befürworten die Badener einen gemeinsamen Landesverband als parteipolitischen Dienst der Badener. Am schwierigsten zu beurteilen sei die Tatsache, daß im Südwestraum bei vielen Menschen die Konfessionsfrage wieder eine große Rolle spiele. Es sei die wichtigste Aufgabe der Partei, dieses auszugleichen. Sowohl im Lager der Südweststaat-Anhänger wie seiner Gegner gäbe es Angehörige beider Konfessionen, die gegeneinanderständen. Der Aufruf des Erzbischofs sei sehr mißdeutet worden.<sup>7</sup> Dr. *Wuermeling* habe den Eindruck, daß die Verärgerung im Südwesten alles übertreffe, was er befürchtet hat. Alles schaue nach Bonn, ob nicht der Bundestag die Bildung des Südweststaates aussetzen würde. Man habe in Baden das Gefühl, der Bundestag habe ein Gesetz gemacht, was nicht gut ist, man halte das Gesetz und seine Anwendung nicht für demokratisch. Die Bevölkerung des Südwestraumes denke nach wie vor nicht an neue Länder, sondern an alte. Das Gesetz wäre eine Aufputschung von politischen Leidenschaften. Wäre nicht die Einteilung in vier Stimmbezirke erfolgt, dann hätte sich vielleicht auch in Baden eine Mehrheit für den Südweststaat ergeben.

---

6 Die Landesausschußsitzung der nordbadischen CDU fand am 22. Dezember 1951 in Karlsruhe statt (Einzelheiten in UiD vom 29. Dezember 1951; vgl. auch WEINACHT: CDU in Südbaden, in CDU IN BADEN-WÜRTEMBERG S. 195ff.; HEPP: CDU in Nordbaden, EBD. S. 212 ff.).

7 Der Freiburger Erzbischof Dr. Wendelin Rauch hatte in verschiedenen Erlassen (vom 25. Januar 1951 und 23. Februar 1952) die Zentrumsführer vor einer „Spaltung des christlichen Volksteils“ gewarnt und zur Wahl des CDU-Kandidaten aufgerufen (vgl. WEINACHT: CDU in Südbaden, EBD. S. 196, 207 Anm. 3); am 26. November und am 6. Dezember 1951 hatte er in einer persönlichen Erklärung für die Wiederherstellung der alten Länder votiert (vgl. FEUCHTE S. 134).

Dr. Wuermeling berichtet dann über eine Reihe von persönlichen Gesprächen mit den Herren Person<sup>8</sup> und Zürcher<sup>9</sup>. Verschiedentlich sei auch im Südweststaat über eine sogenannte Säuberung gesprochen worden, man müsse aber vorsichtig sein in der gegenteiligen Beurteilung von Personen. Beim Erzbischöflichen Ordinariat in Freiburg herrsche die Einmütigkeit vor, unter keinen Umständen dürfe die christliche Front gefordert werden. Die katholische Geistlichkeit denke in der überwiegenden Mehrheit nicht an das Zentrum. Die Bestrebungen \*\*\*\*<sup>10</sup> dürften aber nicht unterschätzt werden.

Dr. Wuermeling trug seine Meinung vor, den Südbadenern müsse nur jede denkbare Konzession gemacht werden, um dem Zentrum den Willen an der Angelegenheit zu nehmen. Man könne sogar so weit gehen, den Badenern eine eigene badische CDU zu konzedieren. Man solle sogar überlegen, den Art. 2 auszusetzen bis zur Neugliederung im gesamten Bundesgebiet<sup>11</sup>.

*Tillmanns* berichtet, in Ellwangen<sup>12</sup> sei es die allgemeine Auffassung gewesen, die im Kampf um den Südweststaat geschlagenen Wunden würden bald heilen. Damit könne dann das große Ziel der CDU wieder in den Vordergrund gerückt werden. Die geplante Bildung zweier großer Selbstverwaltungskörper für Baden und Württemberg könne nur dann erfolgen, wenn die CDU stark werde, die anderen Parteien hätten kein Interesse daran. Man müsse im Südwesten Verständnis haben für jeden Standpunkt, aber unter allen Umständen müsse die Einigkeit der CDU wiederhergestellt werden.

*Simpfendörfer* bittet um einen Bericht des Abgeordneten Kiesinger.

*Adenauer* wünscht diesen Bericht nicht, da Kiesinger zu stark an der Vorgesichte der Südwestfrage beteiligt sei.

- 
- 8 Karl Person (1887–1956), 1929–1933 MdL Baden (Zentrum), Mitgründer der BCSV, 1946 Kreisabgeordneter und Mitglied der Beratenden Landesversammlung (ab Dezember Präsident), 1947–1952 MdL und Präsident des badischen Landtags, 1946–1954 im Landesvorstand der CDU, Gegner des Südweststaats.
- 9 Dr. Paul Zürcher (1893–1980), vor 1933 Zentrum, Mitgründer der BCSV, 1946 Ministerialdirektor und Chef der Justiz unter der französischen Militärregierung, 1947–1948 MdL Baden, 1948–1955 Präsident des badischen OLG und des Staatsgerichtshofs, Vertreter des Staatspräsidenten bei den Verfassungsberatungen in Herrenchiemsee, Gegner des Südweststaats.
- 10 Lücke im Text. Vermutlich Hinweis auf den Päpstlichen Hausprälaten Dr. Ernst Föhr (1892–1976), der zwar nach dem Krieg die BCSV mitbegründet hatte, am 11. Dezember 1951 aber an der Wiedergründung der Zentrumsparterie maßgeblich mitbeteiligt war (vgl. Nr. 23 Anm. 50).
- 11 Vermutlich ist Abs. 2 von Art. 29 GG gemeint, der die Frage eines Volksbegehrens bei einer Neugliederung regelt. – Das Neugliederungsgebot im GG Art. 29 ist 1976 zwar nicht formal, aber doch politisch ad acta gelegt worden (33. Gesetz zur Änderung des GG vom 23. August 1976 – BGBl I S. 2381).
- 12 In der Vorlage: Elberang. – Treffen des Ellwanger Kreises am 5./6. Januar 1952, an dem Tillmanns und Wuermeling zum erstenmal teilnahmen (vgl. NL Strauß ACDP I-050-001). Zum Ellwanger Kreis BENZ.

*Wohleb* erklärt, der Bericht Dr. Wuermelings entspräche vollkommen den Tatsachen. In Baden herrsche eine starke Erregung über die Angliederung. In Baden hätten 52 % gegen den Südweststaat gestimmt, und trotzdem solle er durch eine ungute Bezirkseinteilung verwirklicht werden, das sei nicht demokratisch. Die CDU könne nur dann erhalten bleiben, wenn sie in Südbaden eine klare Gedankenlinie verfolge. Man könne von Südwestbaden aus nicht in Versöhnung arbeiten, da die Wähler nicht mittun. Man fühle sich eben vergewaltigt. Der Schatten des Unrechts werde noch Generationen über dem Südweststaat schweben.

*Simpfendorfer* erklärte, er sei zwar Anhänger des Südweststaates, aber er sei für das Durchzählen in beiden Ländern eingetreten. Das Problem sei heute, durch die CDU über das Dilemma im Südwesten hinwegzukommen. In Württemberg sei man zu allen Konzessionen bereit.

*Müller* betonte, er habe nur das eine Interesse, einen möglichst günstigen Staat für den Südwesten zu schaffen. In Baden seien Dinge geschehen, die die Demokratie verletzt hätten. Die Anfechtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts<sup>13</sup> untergrabe das Ansehen des Gerichts und der Demokratie. Dr. Müller verweist auf die Bestimmungen der württemberg-badischen Verfassung, wonach zur Schaffung des Südweststaates eine einfache, zur Wiederherstellung der alten Länder eine Zweidrittelmehrheit notwendig sei<sup>14</sup>. Es sei unverantwortlich, das Land durch eine unsachliche Polemik zu zerreißen. Er sei mehrfach für Konzessions-Verhandlungen eingetreten. Wohleb habe sie aber immer abgelehnt. Die badische CDU sei in mehr als einem Punkt von der Partei abgewichen. Dr. Müller machte eine Reihe weiterer Vorwürfe gegen Wohleb und erklärte, er müsse sich durch viele Äußerungen Wohlebs beleidigt fühlen. Vom Bundesparteivorstand erwarte man, daß alles vermieden werde, was wahrscheinlich das Gefühl der CDU-Anhänger in Württemberg und Baden verletzen könne. Vor allen Dingen wendet sich Dr. Müller gegen Erklärungen der CDU, keine Anhänger des Südweststaates als Landtagskandidaten aufzustellen.

*Adenauer* erklärte, mit der bisherigen gegenseitigen Beschuldigung käme man nicht weiter. Die Frage sei, wie man die CDU im Südwesten wieder zu einer Einigkeit zurückbekäme.

*Müller* betont, wenn der Vorstand und die Fraktion im Bundestag irgend etwas gegen den Südweststaat unternähmen, dann sei die CDU in Württemberg zerschlagen.

---

13 Dem Urteil des BVerfG in der Hauptsache vom 23. Oktober 1951 ging die einstweilige Anordnung vom 9. September voraus, mit der die auf den 16. September festgelegte Abstimmung ausgesetzt wurde, und ein Beschluß vom 2. Oktober, mit dem die Ablehnung des Richters Dr. Willi Geiger als unbegründet zurückgewiesen wurde. Damit war das 2. Neugliederungsgesetz für gültig erklärt worden (vgl. FEUCHTE S. 148ff.).

14 In der Vorlage: wonach zur Schaffung des Südweststaates nur einfach zur Wiederherstellung der alten Länder eine 2/3ige Mehrheit notwendig sei. – Art. 107 in Verbindung mit Art. 85 der württemberg-badischen Verfassung (vgl. NÜSKE S. 368; FEUCHTE S. 108f.).

*Adenauer* versucht die Atmosphäre zu beruhigen. Er habe das erste Neugliederungsgesetz für das verfassungswidrigste gehalten, das er abgelehnt habe zu unterschreiben; auch Bundespräsident Heuss habe nicht unterschrieben. Auch das zweite Gesetz halte er nicht für unbedingt verfassungsmäßig, da es nicht in allem dem entsprechenden Artikel des GG entspräche. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei mit 6 : 6 Stimmen zustande gekommen, die Klage habe abgewiesen werden müssen, da keine Mehrheit für die Klage erreicht wurde. Es sei nicht sehr glücklich, daß unter solchen Umständen das Verfassungsgericht zu einem solchen Urteil gekommen sei.<sup>15</sup>

Die badischen Gründe seien also verständlich. Dr. Adenauer sagt weiter, die Auseinandersetzungen innerhalb der südwestdeutschen CDU seien nur auf persönliche Gründe zurückzuführen. Wenn es nicht gelinge, die CDU wieder zusammenzuführen, dann sei ein Sieg der SPD/DVP unvermeidlich. Wenn aber nicht die CDU einen großen Wahlsieg erlange, dann würde Dr. Maier eine Regierung aus SPD/DVP bilden. Es geht jetzt nicht mehr um einzelne Persönlichkeiten, auch nicht mehr um Landesparteien, sondern am 9. März handle es sich um eine Wahl<sup>16</sup>, die für die Gesamtpartei von größter Bedeutung sei. Daher richte er an alle Beteiligten die Bitte, das Vergangene zu vergessen und nur für die Zukunft zu arbeiten.

Insbesondere müßte die Spannung zwischen Wohleb und Dr. Müller aus der Welt geschafft werden. Wenn beide ernsthaft wollten, könnte ein Strich unter die Vergangenheit gemacht werden.

Dr. Adenauer fuhr fort: Man müsse den Badern in vielen Beziehungen entgegenkommen, die Anhänger des Südweststaates müßten in dieser Hinsicht großzügig sein. Es sei auch durchaus tragbar, daß die CDU im Südweststaat zwei Landesparteien habe, das gebe es in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen auch. Der neue Staat werde in zwei bis drei Jahren zusammenwachsen, und niemand werde an die kleinlichen Vorfälle der letzten Monate zurückdenken. Alles sei nur eine Sache des guten Willens.

*Müller* erklärte, er habe über alles Unrecht, das ihm bisher in der Öffentlichkeit widerfahren sei, geschwiegen und sei auch bereit zur endgültigen Versöhnung.

*Majonica* berichtet über seine Erfahrungen auf einer Reise in den Südweststaat. Die Junge Union aller vier Landesverbände werde sich zusammenschließen. Am besten sei es, wenn der Wahltermin verschoben würde. Vor allen Dingen müßten die Ressentiments ausgerieben [!] werden, die innerhalb der CDU bestehen. Die anderen Parteien seien schon mit den Vorbereitungen zu einer neuen Verfassung beschäftigt. Die CDU müsse mit aller Kraft ebenfalls, und zwar geschlossen an diese Aufgabe herangehen.

---

<sup>15</sup> Zu Einzelheiten NÜSKE; KIESINGER; FEUCHTE: Entscheidungen; FEUCHTE S. 149; SAUER.

<sup>16</sup> Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung von Baden-Württemberg am 9. März 1952. Ergebnis: CDU 36,0 % (50 Sitze), SPD 28,0 % (38), DVP/FDP 18,0 % (23), BHE/DP 9,3 % (6), KPD 4,4 % (4). Vgl. SAUER S. 169; FEUCHTE S. 238.

Dem Staatspräsidenten Wohleb macht *Müller* den Vorwurf, er habe sich nicht für die CDU entschieden. Es sei aber unbedingt notwendig, Klarheit zu schaffen.

*Hilbert*<sup>17</sup> erklärt, das Verfassungsgericht habe entschieden, und man müsse sich mit seinem Urteil abfinden. Die CDU müsse im Südweststaat so stark wie eben möglich gemacht werden.

*Simpfendorfer* betont, man sei zu allen Konzessionen mit den Badenern bereit. Für die Gruppenfrage müsse sich die CDU von heute ab geschlossen einsetzen.

*Dichtel* ist bereit, sich jeder Polemik zu enthalten. Auf beiden Seiten müsse die Verärgerung ausgeräumt werden. Die CDU in Baden stehe jetzt vor einer reinen Existenzfrage. Als christliche Partei könne sie den Wahlkampf nur mit den Kirchen zusammen führen. Das Zentrum bedeute keine große Gefahr, obwohl der Zeitpunkt zu einer Gründung wegen der Krise in der CDU gut gewählt sei. *Dichtel* machte dann folgende Einigungs-Vorschläge:

1. Man müsse den Badenern im neuen Staat eine badische CDU innerhalb der Gesamt-CDU konzedieren. Im Landtag könne durchaus eine badische Gruppe innerhalb der CDU-Fraktion bestehen.

2. Die gesamte CDU-Fraktion im Bundestag solle für die Verschiebung der Südweststaat-Regelung stimmen, auch wenn sie damit keinen Erfolg habe. Ein solch geschlossenes Eintreten würde die Positionen der badischen CDU sehr stärken.

*Adenauer* ist mit zwei Landesverbänden im Südweststaat einverstanden. Auch eine badische Gruppe in der kommenden Landtagsfraktion sei kein Unglück; auch in der Bundestagsfraktion gebe es Gruppen. Das Verschiebungsgesetz solle man nur einbringen, wenn eine Mehrheit gesichert sei.<sup>18</sup> Sonst gebe es neue Ressentiments. Einzelne umstrittene Personen im Südweststaat brauchten die Gesamt-Partei nicht zu interessieren, aber sie müßten gerecht behandelt werden.

*Müller* betont erneut, er sei bereit, jeder Lösung zuzustimmen, die der badischen CDU die Situation erleichtere. Die Grenze des Entgegenkommens liege aber dort, wo von den Grundsätzen der CDU abgewichen werde. Das Verschiebungsgesetz sei keine Wiedergutmachung geschehenen Unrechts. Ob man dafür eintreten solle, sei eine reine Grundsatzfrage.

*Hilbert* legt noch einmal den badischen Standpunkt klar. Er fordert, daß die CDU-Fraktion im Bundestag sich für das Verschiebungsgesetz möglichst geschlos-

---

17 In der Vorlage: Dr. Hilbert. – Gemeint kann hier nur sein Anton Hilbert (1898–1986), 1929–1933 MdL Baden (Zentrum), Mitgründer der CDU Thüringen, 1946–1956 MdL Baden bzw. Baden-Württemberg, 1946–1947 Staatssekretär, 1949 MdPR, 1949–1969 MdB. – Die Namen Hilbert und Hilpert (vgl. Nr. 1 Anm. 1) in der Vorlage mehrmals verwechselt.

18 Der von der CDU/CSU-Fraktion eingebrachte Gesetzentwurf zur Verschiebung des Neugliederungsgesetzes in Südwestdeutschland wurde am 16. Januar 1952 vom Bundestag mit 190:120 Stimmen bei 15 Enthaltungen abgelehnt; von den 120 Stimmen entfielen 88 auf die CDU/CSU (vgl. SAUER S. 167; FEUCHTE S. 159 Anm. 211).

sen einsetzt, um ein Alibi für die badische CDU für die Wahlen zu schaffen. Die Novelle werde keinesfalls zurückgezogen.

*Kaiser* teilt mit, die alten Badener hätten ihn gebeten, für eine friedliche Einigung zu arbeiten. Sicher werde auch der Kanzler an dieser Arbeit mithelfen.

*Simpfendörfer* meint, der Bundeskanzler könne sich nicht für die Novelle einsetzen. Für die CDU-Fraktion könne die Bestimmung wohl freigegeben werden.

*Adenauer* betont noch einmal, die CDU werde kaum zur Hälfte für das Gesetz stimmen, dadurch sei es aussichtslos geworden und [es] drohe größerer Schaden als zuvor.

Aus einer längeren Debatte um die Novelle ergibt sich, daß die vorherrschende Meinung im Vorstand keine Möglichkeit einer Mehrheit für das Gesetz sieht.

Die Vorstandssitzung wird unterbrochen durch einen Fackelzug, den der Bund Evangelischer Jugend dem Kanzler aus Anlaß der Verabschiedung des Gesetzes über den Schuman-Plan bringt.

Nach Wiederbeginn der Sitzung schlägt *Adenauer* vor, die Südweststaatsfrage für heute zu vertagen und die Beteiligten zu bitten, im kleinen Kreis eine Einigung zu versuchen.

*Dichtel* und *Wuermeling* treten ebenfalls für den Versuch ein, im kleinen Kreis einen Ausweg zu suchen.

*Vogel*<sup>19</sup> schlägt einen Koordinierungsstand [!] im Südweststaat vor.

*Cillien* führt als Parallele im Südwesten die „Irredenta“ in Oldenburg an.<sup>20</sup> Man habe dort den Ausweg gefunden, die rechten Statuten [!] in der Verfassung besonders zu schützen. Das gleiche könne auch in bezug auf Baden im Südweststaat geschehen.

*Zimmer* schlägt vor, einen sechsköpfigen Ausschuß zu bilden, der die Grenzlinien der künftigen Südweststaatsverfassung und die Tätigkeitslinien der CDU ausarbeiten solle, insbesondere sollen diesem Ausschuß folgende Aufgaben gestellt werden: 1. Einteilung des Landes in Verwaltungsbezirke; Festlegung des badischen Statuts in der Verfassung unter Garantie der Gesamt-CDU. 2. An den Argumenten

---

19 Dr. Rudolf Vogel (geb. 1906), 1930–1932 Redakteur verschiedener Zentrumsblätter, 1945–1947 Arbeitsamtsleiter (Aalen, Ulm, Ludwigsburg), 1947 Abteilungsleiter im Deutschen Büro für Friedensfragen, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates (CDU), stv. Vorsitzender der CDU Nord-Württemberg, 1949–1964 MdB (bis 1953 Vorsitzender des Ausschusses für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films), 1964–1968 Chef der Deutschen Vertretung bei der OECD, 1968–1969 Staatssekretär im Bundes-schatzministerium.

20 Bei der Bildung des Landes Niedersachsen am 23. Oktober 1946 empfahl die britische Militärregierung, bei Gesetzen und Verordnungen des neuen Landes die traditionellen, historischen und kulturellen Interessen der früheren Länder – Provinz Hannover und die Länder Oldenburg und Braunschweig – zu berücksichtigen. Oldenburg und Braunschweig erhielten innerhalb des neuen Landes den Status von „Verwaltungsbezirken“ (vgl. AdG 1946/47 S. 906; STORBECK S. 226).



der Landesverbände solle nicht gerüttelt werden. 3. Für den Wahlkampf solle ein Kollegium der CDU des Südweststaates geschaffen werden. 4. Es sollen Verhandlungen mit den Kirchen geführt werden, um sie in Einklang mit den Bestrebungen der CDU zu bringen. 5. Die Landesvorstände sollen das Material erarbeiten, das die Sicherung der badischen Belange enthält.

*Bach* teilt mit, daß für den Wahlkampf im Südwesten DM 150.000,- zur Verfügung ständen, die er zu bewilligen bittet.

*Holzapfel* schlägt vor, zwar im Bundestag die Novelle über die CDU einzubringen, zugleich aber dafür zu sorgen, daß sie an den Rechtsausschuß überwiesen werde. Dieser würde die Behandlungen wegen Verfassungswidrigkeit ablehnen. Bis dahin sei die Wahl hinter uns.

Auch *Hilbert* und *Kiesinger* sprechen sich für den Vorschlag *Holzapfels* aus.

*Müller* verspricht, daß die württembergischen Landesverbände für die Wahrung der Rechte Badens im Südweststaat eintreten werden. Er erinnert dabei an den badischen Staatsvertrag, und es müsse angestrebt werden, auch die anderen Parteien auf den Karlsruher Vertrag festzulegen<sup>21</sup>.

Inzwischen kommt der Beschluß des Vorstandes: Es werden DM 150.000,- für den Wahlkampf im Südweststaat bewilligt.

#### DIE VERHÄLTNISSE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

*Johnen* schildert die Bemühungen um die Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen. Die SPD habe bei den Etatverhandlungen darauf hingewiesen, sie halte die Tür für eine große Koalition noch nicht für geschlossen. Sollte aber das Schulgesetz ohne SPD verabschiedet werden, seien sie zu keinen Verhandlungen mehr bereit. Danach habe Ministerpräsident Arnold auf eigene Verantwortung ein Gespräch mit Henßler geführt, ob und unter welchen Bedingungen die SPD bereit sei, in die Regierung einzutreten. Nachdem der Parteivorstand von diesen Verhandlungen Kenntnis bekommen habe, habe er Arnold aufgefordert, über die Verhandlungen zu berichten. Das sei am Freitag geschehen; die Pressemeldungen seien nicht zuverlässig. Arnold habe zugegeben, daß er Gespräche geführt habe.<sup>22</sup> Die Erklärung der SPD- und der CDU-Fraktion hätten die Lage nicht sonderlich geklärt. Die Fraktion denke aber nicht an eine Entscheidung ohne Stellungnahme mit dem Bundeskanzler.

*Kiesinger* berichtet, er sei von Arnold um eine Unterredung gebeten worden. Er

---

21 Gemeint ist der Entwurf eines Staatsvertrags vom 24. August 1948, der die Bildung des Südweststaats vorsah, wenn in den drei Ländern die Mehrheit der abstimmenden Bevölkerung ihm zustimme (vgl. FEUCHTE S. 112ff.).

22 Zu Arnolds Gesprächen vgl. HÜWEL S. 249–253. – Das „Gesetz zur Ordnung des Schulwesens im Lande Nordrhein-Westfalen vom 8. April 1952“ trat am 19. April 1952 in Kraft (GV NW 1952 S. 61). Vgl. BUCHHAAS: Gesetzgebung S. 58–177.

habe vom Ministerpräsidenten Arnold gefordert, daß die Partei unter allen Umständen vor einer Entscheidung gehört werde. In Westfalen herrsche für eine Erweiterung der Koalition keine Stimmung, sie sei vor allem unmöglich vor Verabschiedung des Schulgesetzes.

*Adenauer* schildert seine eigenen Verhandlungen mit Arnold, der Erweiterungsabsichten der Koalition gelegnet habe. Das sei auch in einer Verhandlung mit den Herren Kiesinger und Blankenhorn geschehen. Die Erweiterung des Nordrhein-Westfalen-Kabinetts durch die SPD würde eine schwere Schwächung der Bundesregierung bedingen, daß eine solche Entwicklung nur bedauert werden könnte.

Der Vorstand beschloß, auf Vorschlag Tillmanns die beiliegende Entschließung anzunehmen<sup>23</sup>.

*Holzapfel* beklagt sich über die Vorherrschaft der SPD in der Polizei und auf kulturellem Gebiet. Beispielsweise seien von dreizehn Schulräten zwölf Mitglieder der SPD.

*Kaiser* schlägt vor, die Diskussion abzubrechen und den Kanzler zu bitten, ein Gespräch mit Arnold über diese Frage herbeizuführen.

Damit war die Freitagssitzung des Vorstandes beendet. Gegen 23 Uhr vertagt er sich auf Samstag vormittag.

#### FORTSETZUNG DER SITZUNG DES PARTEIVORSTANDES AM 12. JANUAR 1952

*Adenauer* wirft die Frage auf, wie die Südweststaatfrage im Parteiausschuß behandelt werden soll.

*Tillmanns* schlägt vor, der Kanzler solle die gestern abend erfolgte Einigung des Vorstandes zur Lage erwägen.

*Adenauer* beabsichtigt, nicht viel darüber zu sagen. Vor allem aber müsse die Gemeinsamkeit der Auffassung des Vorstandes herausgebracht werden.

*Simpfendörfer* fordert, daß die Einigung sehr positiv herausgestellt würde.

Es wird beschlossen, die Herren Simpfendörfer, Dichtel und Tillmanns sollen eine entsprechende Erklärung formulieren.

*Tillmanns* schlägt vor, es sollten folgende Berichte gegeben werden: über die Organisation durch Tillmanns, über die Propaganda durch Wuermeling und über die politischen Aufgaben der Partei durch Kiesinger.

*Adenauer* bittet, insbesondere über die positiven Verhältnisse in den Ländern kein Blatt vor den Mund zu nehmen. Er erinnert an die gestrigen Bemerkungen Holzapfels, daß im evangelischen Landesteil von Nordrhein-Westfalen von dreizehn Schulräten zwölf der SPD angehören und daß die Polizei völlig der SPD ausgeliefert ist.

---

<sup>23</sup> Anlage fehlt.

*Zimmer* bittet, eine Partei-Adresse aufzulegen, welche zentralen Positionen in Bund und Ländern die SPD besetzt hätte. Dabei solle besonders auf die Innenministerien, Kultusministerien und die Arbeitsverwaltungen geachtet werden.

*Adenauer* betont, in den Bundesministerien gäbe es wenig SPD-Leute, allerdings scheuten sich viele Beamte, sich zur CDU zu bekennen. Er hoffe aber, dies würde sich ändern, wenn wir 1953 die Wahl gewinnen würden.

*Holzapfel* erinnert daran, was die Bundesgeschäftsstelle bei Personalvermittlung bei den Ministerien leiste. Er schildert einzelne besonders krasse Fälle. Ferner fordert Dr. Holzapfel, daß für die Bundestagswahl die Wahlkreiseinteilung geändert und ein Wahlgesetz fertiggestellt werde. Erneut fordert Dr. Holzapfel die Errichtung von Patenkreisen innerhalb der CDU, um dadurch schwache Wahlkreise zu stärken.

*Bach* trägt den anliegenden Haushaltsplan der Bundespartei vor, der sich in einen ordentlichen und einen außerordentlichen Etat gliedert. Er habe der Bundesgeschäftsstelle zwar die Auflage gemacht, insgesamt 10 % einzusparen, da sonst die Finanzierung nicht gesichert sei.

*Adenauer* dankt den Herren Bach und \*\*\*\*<sup>24</sup> für ihre vorbildliche Haltung im Interesse der Finanzen. Er schlägt vor, den Etat vorläufig zu genehmigen und Anfang April endgültig darüber Beschluß zu fassen. Ferner müsse sich der Vorstand mit der Finanzierung der Jungen Union und der Fachausschüsse befassen.

*Simpfendörfer* verweist darauf, daß das „Wirtschaftsbild“ noch nicht so gut sei, wie man wünschen müsse.

*Bach* berichtet von Gesprächen mit den Ministern Erhard und Schäffer wegen der Aktualisierung des „Wirtschaftsbildes“.

*Majonica* berichtet, die Finanzen der Jungen Union seien durch einen Buchprüfer geprüft worden. Er fordere für die Junge Union einen Beitrag von DM 1.000,- monatlich.

*Bach* sagt nach Prüfung einen solchen Zuschuß zu.

*Tillmanns* schlägt vor, das „Wirtschaftsbild“ in ein Organ zur Erforschung der Sozialen Marktwirtschaft umzubilden. Die Herren Dr. Hilpert, Strickrodt und Neuburger<sup>25</sup> sollen möglichst bald entsprechende Vorschläge ausarbeiten und dem Vorstand vorlegen.

*Adenauer* schneidet die Frage der Regelung der Vergütung für den 3er-Ausschuß an. Dr. Adenauer wird vom Vorstand ermächtigt, eine Vereinbarung darüber zu treffen.

*Tillmanns* erklärt, die Hauptaufgabe sei es, einen endgültigen Geschäftsführer zu bestellen. Nachdem die Verhandlungen mit Blank gescheitert sind, gebe es noch

---

24 Lücke im Text. Vermutlich Pferdenges.

25 August Neuburger (geb. 1902), 1947–1952 Verwalter der Südwestbank im Bereich Württemberg-Baden, 1949–1961 MdB (CDU, 1957–1961 Vorsitzender des Finanzausschusses).

keinen neuen Vorschlag. Er bittet um die Ermächtigung, daß der Vorsitzende in Verbindung mit dem geschäftsführenden Vorstand diese Frage regeln kann.

*Adenauer* erklärt, man könne nicht so tun, als ob die Verhältnisse in der Bundesgeschäftsstelle in Unordnung seien, eine solche Behandlung sei für Lubbers kläglich, ebenso für Dr. Holzappel und Bach. Man müsse feststellen, daß die Verhältnisse in Ordnung seien.

*Hilpert* schlägt vor, der Vorstand müsse sich im Februar ganztägig mit der Frage Bundesgeschäftsführer beschäftigen.

*Gröwel* bittet, in die Landesverbände Frauenreferate einzufügen.

*Adenauer* erklärt, die Frage des Bundesgeschäftsführers könne nicht nur mit dem geschäftsführenden Vorstand geklärt werden, darüber müsse der gesamte Vorstand der Partei entscheiden.

Der Vorstand entschied, in der nächsten Sitzung die Frage zu behandeln.

Zum Abschluß teilt *Strickrodt* die Verhältnisse in der NEI mit. Wegen des Beginns der Parteiausschußsitzung kann die Frage nicht mehr behandelt werden.

Schluß der Sitzung kurz nach 10 Uhr.

## 11

*Bonn, 29. Februar 1952*

*Bericht Adenauers über seine Reise nach London. Finanzielle Aufwendungen zum Wehrbeitrag. Wiedergutmachung. CDU-Bundesgeschäftsführer.*

*Beginn: 10.15 Uhr*

*Ende: 13.00 Uhr*

*Lenz-Tagebuch*

*Adenauer* gedenkt zunächst des plötzlich verstorbenen Abgeordneten Schröter<sup>1</sup>. Er gibt dann einen Überblick über London<sup>2</sup> und führt aus, wie schwierig die Lage

---

1 Schröter war am 25. Februar 1952 verstorben. Vgl. Nr. 1 Anm. 34.

2 Adenauer war am 14. Februar zur Beisetzung König Georgs VI. von Großbritannien nach London geflogen. Vom 17.–19. Februar fanden dort Besprechungen der Außenminister Frankreichs und Englands mit dem amerikanischen Staatssekretär Dean Acheson über Fragen der Deutschlandpolitik und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft statt, zu denen auch Adenauer zugezogen wurde (vgl. AdG 1952 S. 3352–3354; ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 524–527).